

Annahme-Bureau.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmsstr. 17)
bei C. H. Arici & Co.
Weitkraut 14,
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei L. Brätsand,
in Meseritz bei Ph. Matthias.

Posener Zeitung.

Neunundachtzigster Jahrgang.

Nr. 401.

Sonnabend, 10. Juni.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierzehnthalb für die Stadt Posen 41/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Amtliches.

Berlin, 9. Juni. Der Kaiser hat bestimmt, daß der kaiserliche Unter-Staatssekretär im Ministerium für Elsaß-Lothringen und Vorstand der I. Ministerial-Abtheilung, von Pommer Esche, zum 1. Juli d. J. einstweilig in den Ruhestand versetzt werde.

Der Kaiser hat zugleich die Leitung der I. Abtheilung des Ministeriums für Elsaß-Lothringen bis auf Weiteres dem Staatssekretär übertragen.

Der ordentliche Professor in der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Kaiser Wilhelms-Universität Straßburg, Dr. Geffen, ist auf sein Nachsuchen wegen leidender Gesundheit emeritiert worden.

Der König hat dem Premier-Leutnant, agaregirt dem Pommerschen Husaren-Regiment (Bülicherische Husaren) Nr. 5, Freiherrn von Wangenheim, die Kammerherren-Würde verliehen.

Der König hat den Fortsmeister Deckmann zu Königsberg i. Pr. zum Ober-Fortsmeister und Mitdirigenten einer Regierungs-Abteilung für Domänen und Forsten, den Landgerichts-Rath Ahmann in Naumburg a. S. zum Landgerichts-Direktor, die Landgerichtsräthe Achilles in Berlin und Schmidt in Hannover zu Oberlandesgerichtsräthen bei dem Oberlandesgericht in Celle, und den Staatsanwalt Schlingmann in Graudenz zum Ersten Staatsanwalt bei dem Landgericht in Köniz ernannt; sowie dem Gerichtsschreiber bei dem Amtsgericht in Diepholz, Sekretär Lüderitz, den Charakter als Kanzleirath verliehen; und in Folge der von der Stadtverordnetenversammlung zu Iserlohn getroffene Wahl den seitherigen Stadtrath Karl Wendelamp daselbst als unbefoldeten Beigeordneten der Stadt Iserlohn für die gesetzliche Amtsdauer von sechs Jahren bestätigt.

Bei dem Ministerium des Innern sind die Geheimen Kanzlei-Assistenten Neumeister und Kölling zu Geh. Kanzlei-Sekretären und der Geh. Kanzleisekretär Dresler zum Geh. Registratur ernannt worden.

Der Oberfotsmeister Müller zu Königsberg i. Pr. ist auf die durch Besetzung des Oberfotsmeisters Trammi erledigte Oberfotsmeisterstelle bei der königlichen Regierung zu Merseburg und der Oberfotsmeister Morzelstorf zu Gumbinnen auf die Obersfotsmeisterstelle bei der königl. Regierung zu Königsberg i. Pr. versetzt worden. Dem Oberfotsmeister Deckmann ist die Obersfotsmeisterstelle bei der königlichen Regierung zu Gumbinnen übertragen worden.

Deutscher Reichstag.

14. Sitzung.

Berlin, 9. Juni. 1 Uhr. Am Tische des Bundesraths v. Bötticher, Scholz, Burchard.

Die dritte Beratung der Novelle zum Zolltarifgesetz beginnt mit einer allgemeinen Beratung.

Abg. Fürst v. Hatzfeldt: An dem Zolltarif von 1879 sollte auch nach der Absicht und dem laut geäußerten Wunsche Derer, unter deren Mitwirkung er zu Stande gekommen war, nicht eher gerüttelt werden, als bis eine ehrliche Probe dazu nöthigte. Die bisherigen Erfahrungen haben mich von der Nothwendigkeit einer Tarifänderung nicht überzeugen können. Gleichwohl tritt die Regierung wie die Unfe mit Anträgen entgegengesetzter Richtung an uns heran. Wollen Sie die ehrliche Probe wirklich, so stimmen Sie mit mir gegen jede Erhöhung wie Ermäßigung des Tarifs.

Direktor im Reichskanzam Burchard: Die Regierung hat die ehrliche Probe nicht von sich abweisen wollen. Ihr Vorschlag ist vielmehr die Folge berechtigter Klagen einzelner Industriegebiete. § 1 (Mühlen) ist sogar aus der Initiative des Hauses hervorgegangen. Die Vorlage bewegt sich überhaupt nicht ausschließlich nach der Richtung der Zollerhöhungen. Kein Tarif kann auf die Dauer in allen seinen Einzelheiten unverändert bestehen, sondern muß den veränderten Verhältnissen angepaßt werden.

Abg. von Unruhe-Bomst: Im Jahre 1879 vertrat ich wesentlich den Standpunkt des Freihandels und huldigte ihm auch heute noch, trotz der Argumente des Gegners. Ich habe aber 1879 für den Tarif gestimmt, weil ich für Finanzzölle war, und wünschte die Richtigkeit meiner Ansicht zu erproben. Auf Grund von Erfahrungen mit dem Tarif wäre ich gern bereit gewesen, meine Ansicht aufzugeben. Bis jetzt ist das aber nicht geschehen, während ich wünsche, daß der Beweis geliefert und die ehrliche Probe gemacht werde, deshalb werde ich gegen sämtliche Abänderungsvorschläge stimmen. Eine Notlage der Industrie, welche der Herr Kommissar als Basis der Vorlage hinstellte, existiert nach meinem Dafürhalten nicht.

Abg. Gräv: Wenn der Abgeordnete Braun mit den Liberalen Stabilität in den wirtschaftlichen und gewerblichen Verhältnissen des Volks wünscht, so ist es um so unbedeutlicher, daß er und seine Freunde den Antrag Schmidt (die Westgarne betr.) angenommen haben, der den bisherigen Zolltarif durchbricht. Einen offenen Angriff gegen den ganzen Tarif wagen die Antragsteller nicht, sie wollen vielmehr abwarten, bis durch diesen etwaigen ersten Erfolg in unserer Tarifweise Bresche gelegt ist, um dann weiter zu geben. Das Gespräch hinter den Couliers läßt darüber keinen Zweifel. Die Revisionsbedürftigkeit des Tarifs läßt sich nicht bestreiten. Ich werde für die Vorschläge der Regierung stimmen, gleichwie ich im vorigen Jahre für die Erhöhung des Wollzolls votirt habe. Ich werde dagegen gegen den Antrag auf Herabsetzung der Sätze für Garn stimmen.

Abg. Stolle (Sozialdemokrat). dessen Aussführungen bei der großen Unruhe des Hauses auf der Tribüne schwer verständlich sind, wendet sich gegen die neue Wirtschaftspolitik, der er vorwirkt, daß sie den Kampf der Interessen befördert und den Arbeitern geschadet habe. Er plädiert für die Anträge auf Zollerleichterung.

Abg. v. Ludwig: Man kann von der Regierung doch nicht verlangen, daß sie eine Jahre lang dauernde Probe mache. Es genügt, wenn sie diese Vorschläge macht, nachdem sie sich durch gewissenhafte Prüfung von der Revisionsbedürftigkeit der Tarife überzeugt hat. Ein Interessenkampf hat allerdings stattgefunden, man hätte ihn aber vermeiden können, wenn man von vornherein nach dem Plane des Reichskanzlers einen gleichmäßigen Zoll auf alle Einfuhrartikel eingeführt hätte. Leider war es nicht der Fall. Ich habe schon damals konstatiert, daß der in Zollsachen so erfahrene Abg. v. Kardorff sich mehr für seine Laura als für die Landwirtschaft interessierte. (Große Heiterkeit.) Ich habe ferner betont, daß die Landwirtschaft der Brüderknafe ist. Inzwischen habe ich im Abg. Bamberger eine Stütze gefunden, der einmal zugab, die Landwirth-

schaft sei allerdings das Stießkind gewesen. Das ist ein Beweis, wie objektiv Herr Bamberger urtheilt, wenn seine besonderen Interessen nicht im Hintergrunde stehen. Es kam ja auch eine Zeit, wo man energischer für die Interessen der Landwirtschaft eintrat, aber Sie wissen ja alle: kaum war der Flachsoll errungen, schwups — da war er wieder weg. (Große Heiterkeit.) § 1 des vorliegenden Gesetzes will den Großmühlern eine Erleichterung geben. Wir haben ihnen eine solche schon im vorigen Jahre durch Erhöhung des Mehrlusses verschafft. Es kommt zunächst darauf an, daß die Industrie einheimische Produkte für den Konsum des Inlandes verarbeitet. Steigt sich die Produktion, so wird auch die Landwirtschaft davon einen Vortheil ziehen, während sie durch die Mühlenbegünstigungen benachtheiligt wird; darauf kommt es allerdings Manchem nicht an, man zählt ja die Landwirtschaft zu den größeren Instituten. Ich muß mich gegen den § 1 erklären.

Abg. v. Heereman: Er rechnet die Landwirtschaft allerdings nicht zu den größeren Instituten, über Herrn v. Ludwig will ich mir allerdings kein Urtheil erlauben. (Heiterkeit.) Die Begünstigung des Mehlerports ist der Landwirtschaft keineswegs ungünstig. Im Westen wenigstens ist der Export des Getreides nicht möglich ohne Mischung von ausländischem und inländischem Getreide. Im Auslande verlangt man sehr feines und sehr weises Mehl. Gröbere Sorten werden sehr wenig ausgeführt. Das ist kein Nachteil für die Landwirtschaft, sondern ein Vortheil. Der Theil von inländischem Getreide, der als Mehl ins Ausland geht, würde nicht ausgeführt werden, wenn dieser Export von Mehl aus ausländischem Getreide nicht möglich wäre. Man kann also nicht sagen, wenn wir den Import von ausländischem Getreide erschweren, so befördern wir dadurch die Ausfuhr von inländischem Getreide in Gestalt von Mehl. Durch größeren Import von ausländischem Getreide und größeren Export von inländischem Mehl hat die Landwirtschaft einen größeren Vortheil. Überhaupt geht das Interesse der Industrie und der Landwirtschaft Hand in Hand. In der Grafschaft Glaz würde es ganz anders aussehen, wenn dort keine Industrie wäre.

Abg. Dr. Bamberg: Schon seit vielen Jahren bin ich von Herrn v. Ludwig sehr häufig offen oder verschleiert angegriffen worden. Ich habe aus Gründen, die Sie nach der Rede des Abg. v. Heereman um so besser verstehen werden, niemals darauf geantwortet; ausnahmsweise aber möchte ich ihm Gelegenheit geben, sich darüber zu erklären, daß ich ein objektives Urtheil nur da haben soll, wo meine eigenen Interessen nicht ins Spiel kommen, oder mich nicht anderwärts hinzuziehen. Ich bitte ihn, sich jetzt und in Zukunft seinem Zwang aufzulegen, sondern rückhaltlos zu erklären, was er unter meinen eigenen Interessen versteht, namentlich zu sagen, ob ich vielleicht auch eine „Laura“ heimlich oder öffentlich unterhalte. (Heiterkeit), daß ich irgend etwas zuzuführen bemüht gewesen bin, daß ich ein geschäftliches Interesse habe, das ich verteidige. Ich thue das um so lieber bei dem verhältnismäßig harmlosen Angriffe heute, als ich glaube, es ist einmal an der Zeit, daß die Herren, die mir in den 10 Jahren bei dieser oder jener Gelegenheit in der Presse unter den Fuß gelegt haben, ich vertheidige etwas Anders, als meine rein theoretische Überzeugung, ich vertrete praktische Interessen — die Herren haben Zeit gehabt, in den 10 Jahren meine Gegenwart und Vergangenheit unter der Lupe studiren zu können — mit der Sprache herausdrücken selbst die Michelgruben nicht ausgeschlossen, welche in der „Kreuzzeitung“ wieder aufgewärmt worden sind. Ich bitte Herrn von Ludwig und die Herren, die seiner Meinung sind, nachzuweisen, daß ich hier praktische Interessen vertrete oder überhaupt einem praktischen Lebensberuf obliege, den ich hier durch Theorien zu vertreten pflege, damit mir endlich einmal Gelegenheit geboten wird als ehrlicher Mann darauf antworten zu können. (Beifall links.) Auf: Heraus mit den Angriffen!

In der Spezialdiskussion kommt zunächst § 1 zur Verhandlung, der die bekannten Erleichterungen für die Mühlen-Industrie enthält.

Abg. v. Ludwig erklärt, daß er mit Rücksicht auf die engen Grenzen, welche für persönliche Bemerkungen geschäftsordnungsmäßig gezogen sind, sich zur Antwort für Herrn Bamberger vorhin nicht gemeldet habe und deshalb jetzt antworten wolle. Man werde ihm zutrauen, daß er jederzeit offen heraus sage, was er meine. (Gelächter links.) Namentlich den Abg. Richter-Hagen, der jetzt so laut lache, wollte er daran erinnern, daß er (Redner) seiner Zeit in der Kommission für den Invalidenfonds der Einzige gewesen sei, der gewußt habe, daß die Aktien der Hannover-Altenbekener Bahn nichts wert seien. Herr Richter (Hagen) habe sechs Wochen in dieser Kommission gesessen und das nicht gewußt. Herrn Bamberger werde er seine einseitige Interessen-Bertretung mehr zum Vorwurf machen, wenn dieser Herr ihm nachweise, daß er für die Landwirtschaft einen ähnlichen Triumph zu verzeichnen habe, wie für die Gründung der Reichsbank. (Der Präsident bittet den Redner zur Sache zu kommen.) Den Ausführungen des Abg. v. Heereman wolle er an sich nicht widersprechen, aber er vermöge nicht einzusehen, daß es nöthig sei, die Großindustrie, zum Nachteil der Landwirtschaft zu begünstigen, wie dies hier wieder von der Linke angetriebt werde.

Abg. Richter (Hagen): Herr v. Ludwig scheint es verbieten zu wollen, Reden in diesem Hause mit Heiterkeit zu begleiten. Ich muß mir das Recht vorbehalten, bei Reden, bei denen mir das angezeigt erscheint, Heiterkeit zu äußern, namentlich auch bei denen des Abg. v. Ludwig. Über den Werth der Hannover-Altenbekener Aktien kann man verschiedener Ansicht sein, wie über den Werth der Neuherungen des Herrn v. Ludwig. Ich weiß nur, daß die Aktien damals etwas niedriger notirt waren als der Preis war, zu dem die Regierung sie gekauft hatte, und daß sie heute um einige Prozent höher stehen, als der Kaufpreis betrug.

Abg. v. Ludwig: Die Verhandlungen im preußischen Abgeordnetenhaus werden dem Abg. Richter ein richtigeres Bild von dem Werthe der betreffenden Aktien geben.

Der § 1 wird hierauf einstimmig angenommen.

Es folgt die Beratung des § 2, welcher nach der Vorlage sechs verschiedene Änderungen des Tarifs enthielt, von denen aber nur zwei in zweiter Lesung genehmigt wurden. Abg. Ackermann beantragt die Wiederherstellung der Vorlage.

Nr. 1, monach Walsdrath für die Kratzendrahfabrikation statt mit 3 M. mit 0,50 M. verzollt werden soll, wird mit großer Mehrheit genehmigt.

Nr. 2 lautet: Die Nr. 7 erhält folgende Fassung: 7. Erdene, Erze, edle Metalle, Asbest und Asbestwaren:

a. Erdene und rohe mineralische Stoffe, auch gebrannt, geschlemmt

Ausgabe.
Annahme-Bureau.
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien,
bei C. L. Daube & Co.,
Haasenstein & Vogler,
Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invalidendank“.

Unter 20 Pf. die sechzehnspfennige Postkarte über deren Name, Postamt verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erschienene Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1882.

oder gemahlen, ingleichen Erze, auch aufbereitet, soweit diese Gegenstände nicht mit einem Zollsatz namentlich betroffen sind, edle Metalle, gemünzt, in Barren oder Bruch; Asbestfaser, auch gereinigt, Asbestfett und Asbestanstrichmasse, frei.

b. Pappe und Papier aus Asbest in Bogen, Rollen oder Platten: 1) ungeformt, 10 M.; 2) geformt, auch durchloch, 24 M.

c. Garne, Schnüre, Stränge, Stricke und Seile aus Asbest, auch in Verbindung mit anderen Spinnmaterialien, 24 M.

d. Asbestgewebe, auch in Verbindung mit anderen Spinnmaterialien, 40 M.

e. Asbestwaren, anderweitig nicht genannt, auch in Verbindung mit anderen Materialien, soweit sie dadurch nicht unter Nr. 20 fallen, 60 Mark für 100 Kilogramm.

Lit. a wird genehmigt; dafür stimmen auch mehrere Nationalliberalen. Bei der Abstimmung über Lit. b bleibt das Bureau zweifelhaft; die Zählung ergibt die Ablehnung der Position mit 157 gegen 147 Stimmen. (Lebhafter Beifall links.) Bei den Abstimmungen über Lit. c und d erklärt das Bureau ohne Gegenprobe dieselben für abgelehnt.

Abg. Windhorst beantragt nunmehr über Lit. e eine namentliche Abstimmung.

Abg. Richter (Hagen) hält es für unzulässig, jetzt, wo man sich mittler in der Abstimmung befindet, noch einen Antrag auf namentliche Abstimmung zu stellen.

Abg. Schröder (Lippstadt) bemerkt, daß über die einzelnen Positionen besonders diskutirt, also auch abgestimmt werde.

Präsident v. Leevow konstatiert, daß er die Diskussion über Lit. a-e gemeinsam eröffnet habe; da er aber die Aufforderung zur Abstimmung bei jeder einzelnen Litera an das Haus richte, so halte er den Antrag Windhorst noch für zulässig.

Da die Frage mindestens zweifelhaft sei, bittet Abgeordneter von Bennington den Abg. Richter, auf den erhobenen Widerspruch zu verzichten.

Abg. Richter (Hagen) zieht seinen Widerspruch zurück.

Die namentliche Abstimmung ergibt die Ablehnung der Lit. e mit 165 gegen 150 Stimmen; mit den liberalen Gruppen stimmen noch die Abgeordneten Fürst Hassenfeld, v. Unruhe-Bomst und Flitze.

Nach der Vorlage lautete Nr. 3: „Die Anmerkung zu 20 b 1 erhält folgende Fassung: Elsenbein- und Perlmutt erfüllt, vorgearbeitet für Gegenstände der Nr. 20 b 1 30 Mark für 100 Kilogramm.“

In zweiter Lesung war der Zoll auf den Antrag des Abg. Rittinghausen von 30 M. auf 10 M. ermäßigt worden.

Reichskanzam-Direktor Burchard: Wenn auch die bisherigen Beschlüsse des Hauses über die einzelnen Positionen der Vorlage bei den verbündeten Regierungen gerade keinen angenehmen Eindruck hervorbringen werden, so dürften sie doch das Zustandekommen des ganzen Gesetzes auch nicht verhindern. Anders würde sich die Sache gestalten, wenn die Nr. 3 nach dem Beschluss der zweiten Lesung angenommen, der Zoll auf Perlmutt erfüllt auf 10 M. ermäßigt werden sollte. Eine solche Zollerleichterung würde weit hinausgehen über Alles, was im Interesse der Industrie gefordert werden kann, und die Regierung würde lieber auf das Zustandekommen des Gesetzes verzichten, als diese Bestimmung genehmigen. — Anlässlich der Bemerkungen des Abg. Barth über den Schmalzoll sei mir hier gestattet folgendes zu bemerken: Es ist nach der Verordnung vom 10. März 1881 in Österreich verboten die Einfuhr von Schweinefleisch, Speck, Würsten aller Art aus Amerika; Schmalz ist zwar nicht direkt verboten, dagegen der Zoll im neuen Tarif von 16 auf 32 M. für 100 Kilo erhöht. Der Zollsatz stellt sich um mehr als das dreifache höher als bei uns. Zweck dieser Erhöhung war, die Einfuhr möglichst zu prohibiren. — Was die über Frankreich aufgestellten Behaftungen betrifft, so kann ich dieselben nach eingehenden Erörterungen als richtig nicht anerkennen. Bis zum 7. d. M. — dem Tage, wo der Abg. Barth dies behauptete — ist in dem amtlichen französischen Verordnungsblatt ein das Verbot der Schmalzeinfuhr beitragendes Gesetz nicht publiziert worden.

Abg. Bamberg: Mit Rücksicht auf die Erklärung des Herrn Regierungsvertreters bitte ich Sie, für die Feststellung des Perlmuttzolls auf 30 Mark zu stimmen, da wir einen Konflikt mit der Regierung wegen dieses Punktes nicht wünschen; die Erleichterung der Industrie, die wir anstreben und in anderen Positionen der Vorlage erreichen können, würden bei solchem Konflikt ebenfalls verloren gehen, was wir nicht wünschen.

Abg. Barth bleibt den Anführungen des Reichskanzam-Direktors Burchard gegenüber unter Berufung auf das „Journal des Economistes“ dabei, daß in der französischen Deputiertenkammer die Aufhebung des Schmalzolles beschlossen sei.

Reichskanzam-Direktor Burchard weist darauf hin, daß dies wohl möglich sei, indem von einer Zustimmung des Senats und einer Publikation des Gesetzes bisher nichts bekannt geworden ist.

Nr. 3 wird mit großer Majorität nach der Vorlage (30 M. Zoll) angenommen.

Nr. 4 betrifft die groben Fußdecken aus Mamillahans, Kokos und Jute, sowie die Seilerwaren. Diese Nr. 4 wird mit derselben Mehrheit wie Nr. 1 und 2 abgelehnt.

Nr. 5 lautet: Der Eingangszoll wird erhöht: a. für Lichte Nr. 23 von 15 M. auf 18 M., b. für Honig Nr. 251 von 3 M. auf 20 M., c. für Stearin, Palmitin, Paraffin, Wallrath, Wachs Nr. 26 c 2 von 8 M. auf 10 M. für 100 Kilogramm.

Eine Diskussion knüpft sich nur an Lit. b.

Abg. Braun: Der Herr Direktor Burchard hat gesagt, daß in dem neuen schweizer Zolltarif, der noch nicht Kraft habe, aber doch jeden Augenblick in Kraft treten könne, der Honigzoll dem Zuckerzoll gleichgestellt werde. Ich bin bereit, den Gegenbeweis anzutreten. Der Herr Direktor hat sich auf die schweizer Gesetzgebung von 1879 bezogen, ich habe die ganze Sammlung von Bundesgesetzen und Verordnungen jenes Jahres vor mir. Aus derselben geht nur hervor, daß der Zolltarif gar nicht zum Gesetz erhoben ist. Ich bin voriges Mal nicht mehr zum Wort gekommen. Das hat das Gute gehabt, daß ich am maßgebenden Stelle noch einmal Erfundigungen einziehen konnte. Auf Grund derselben darf ich konstatieren: es ist nicht richtig, daß

Direktor erinnern möchte, der vorhin erst den Abg. Barth auf das Vorhandensein eines französischen Senats aufmerksam mache. Der Tarif wird auch überhaupt nicht wieder zur Beratung gestellt werden, denn er ist nur gemacht worden mit Rücksicht auf Frankreich, mit dem die Schweiz soeben einen Handelsvertrag abgeschlossen hat. Der Herr Direktor hat dann wiederum versichert, daß auch Rohrzuckerzoll zur Honigfuchsenfabrikation verwendet werde, und sich dabei auf berühmte Kochbücher bezogen, die er freilich nicht genannt hat. Ich sollte indessen meinen, daß es besser wäre anstatt Kochbücher die Fabrikanten zu fragen. Diese haben erklärt, wir können den Zoll nicht gebrauchen. Ich hatte den Wunsch geäußert, daß man besonders die Nürnberger Fabrikanten zu Rathe ziehen solle. Dies ist nicht geschehen. Nun kommen heute die Nürnberger Honigfuchsenbäcker selbst und erklären, daß sie eine Zollerhöhung wie die vorgeschlagene nicht vertragen können, wenn anders nicht ihr ganzer Export und damit ihre ganze Industrie ruinirt werden solle. Wenn Herr Burchard endlich gefragt hat, daß es nicht darauf ankomme, daß die Kinder viel Honigfuchen essen, so gebe ich das zu. Aber darauf kommt es doch sicher an, daß sie nicht Fabrikate zu essen bekommen, die durch die Zollregelung verschlechtert sind.

Direktor im Reichsschabamt Burchard: Der Herr Vorredner behauptet, daß meine Angaben bezüglich des schweizerischen Zolltarifs unrichtig gewesen seien. Ich habe aber, wie der stenographische Bericht zeigt, gar nicht gesagt, daß der Zolltarif bestrebe, sondern nur, daß er eingeführt werden könne. Zurückgegangen ist er bis jetzt nicht. Er befindet sich noch genau in demselben Stadium wie 1879. Ist er also noch nicht zum Gesetz erhoben, so kann das immer noch geschehen, und das ist, wie jeder Kenner der schweizerischen Verhältnisse weiß, sehr gut möglich bei der Rücksicht, die man sonst auf jene abweichende Handelsverträge zu nehmen hat. Auf die anderen Auslassungen des Herrn Vorredners will ich nur bemerken, daß Fabrikanten allerdings gehört sind, zwar nicht die Nürnberger, aber doch die Berliner und Braunschweiger Honigfuchsenbäcker. Dieselben haben meine Angaben vollständigt und sind wohl Autoritäten, die höher stehen als der Herr Abg. Braun.

Darauf wird auch die Nr. 5 abgelehnt; ebenso die Nr. 6, betreffend Schieferzoll.

S 3, welcher bestimmt, daß die Änderungen mit dem 1. Juli 1882 in Kraft treten sollen, wird mit einer an Einstimmigkeit grenzenden Mehrheit angenommen. Ebenso genehmigt das Haus das Gesetz im Ganzen.

Der vom Abg. Schmidt (Elberfeld) vorgeschlagene Gesetzesentwurf betreffend die Herabsetzung der Zölle für hartes Kammgarn von 8 und 10 Mark auf 5 Mark wird ebenfalls angenommen.

Es folgt die Verlesung der Interpellation des Abg. von Kardorff: „Hat das Reichs-Eisenbahnamt Kenntnis davon genommen, daß die Lokal-Frachtzölle für Koblenz, welche bei der Oberschlesischen und Rechten Oderer-Bahn in Anwendung kommen, im Widerspruch mit Art. 45 der Reichsverfassung in einer Höhe aufrechterhalten werden, welche sowohl den Ein-Pfennig-Normaltarif, als auch namentlich die bei den Bahnen der rheinisch-westfälischen Kohlenreviere bestehenden Lokal-Frachtzölle für Kohlen weit übersteigt?“

Abg. v. Kardorff: Es sind diese Beschwerden im preußischen Abgeordnetenhaus bereits erörtert und vom Eisenbahnminister als begründet anerkannt worden, gleichwohl ist aber noch nichts geschehen, was zu deren Abhilfe hätte beitragen können. Nun bin ich mir wohl bewußt, daß das Reichseisenbahnamt nicht in der Lage ist, hier direkt Abhilfe zu schaffen, aber dasselbe steht doch dem preußischen Staate anders gegenüber als den anderen Staaten. Es kann daher eine moralische Einwirkung auf Preußen sehr leicht ausüben. Nach dem Art. 45 der Reichsverfassung soll der Eimpennigtarif angestrebt werden. Nun besteht aber bei den beiden in Rede stehenden schlesischen Bahnen ein Kohlentarif von 15 Pfennigen pro Tonne. Welche Erhöhung dadurch die Industrie und Landwirtschaft erleidet, ist leicht ersichtlich. Die schlesische Industrie leidet schon durch andere mögliche Verhältnisse genug, dazu kommt nun noch die enorme Vertheuerung der Kohle durch die Tarife. Welche Belastung durch diese für die schlesische Industrie erwächst, zeigt eine einzige Ziffer auf das Deutsche. Die Stadt Breslau allein hat nämlich an Fracht für Kohlen und Koals gegen den Normaltarif ein Mehr von 482,783 Mark bezahlt. Man kann daraus für die ganze Provinz auf eine Mehrbelastung von vielen Millionen schließen. Wir wollen in den Tarifen gleichgestellt werden mit den übrigen Provinzen. Es könnte eine direkte Sekundärbahn nach dem Kohlenrevier gebaut werden. Der Minister hat ein solches Projekt abgelehnt, obwohl es sehr rentabel wäre. Wenn der preußische Minister auch keine direkten Zwangsmittel bezüglich der Fesselung von Tarifen hat, so hat er doch als Chef des Staatsbahnbetriebes, sowie der Aufsichtsbehörde einen großen Einfluß auf alle Bahnen, so daß er hier wohl eine Erleichterung durchsetzen könnte. Es gibt übrigens loyale Mittel genug, um die Bahnen zu einer Tarifermäßigung zu veranlassen. Aber es bleibt mir unerklärlich, wie der Minister nicht auf das einfachste Auskunftsmitel kommt, nämlich eine Vorlage zu machen, worin er ermächtigt wird, die Bahnen zur Tarifermäßigung zu zwingen. Es ist nicht übertrieben, wenn gesagt wird, daß Alles, was der Industrie und namentlich der Landwirtschaft durch den Zolltarif zu Gute kommt, durch den hohen Fracht tarif wieder aufgewogen wird. Es ist nur unter gutes Recht, wenn wir verlangen, daß die Provinz Schlesien durch das Monopol zweier Bahnen in Zukunft nicht mehr so viel zu leiden haben soll, als bisher. (Beifall.)

Geb. Oberregierungsrath Kräfft (aus dem Reichseisenbahnamt): Es ist richtig, daß die Frachtzölle auf den beiden Bahnen eine enorme Höhe erreicht haben. Sie geben um 50 Prozent, ja sogar bis 80 Prozent über den Normaltarif hinaus. Es steht allerdings infolge einer Änderung bevor, als sich die Oberschlesische Bahn vom 1. Juli ab zu einer Ermäßigung verstanden hat. In Folge dessen wird auch die Rechte Oderer-Bahn ihren Tarif als Konkurrenz Bahn herabsetzen müssen. Es ist bereits im preußischen Abgeordnetenhaus anerkannt worden, daß die preußische Regierung keine Mittel habe, um die Bahnen zu einer Tarifermäßigung zu zwingen; dann hat das Reichseisenbahnamt noch viel weniger die Macht dazu. Es soll aber Alles, was in unserer Macht liegt, angewendet werden, um den Übelständen nach Möglichkeit abzuheben.

Damit ist die Interpellation erledigt.

Schluß 4½ Uhr. Nächste Sitzung: Sonnabend 1 Uhr. (Reitengesetz, Webersicht der Beschlüsse des Bundesrats, Petroleum-Verordnung.)

Politische Übersicht.

Posen, 10. Juni.

Die gestrige dritte Lesung der Zolltarif-Novelle hat in vollem Umfang das Resultat der zweiten Lesung bestätigt. Sämtliche Zollerhöhungen sind abschafft worden, und man wird nach den großen und erfolgreichen Anstrengungen der Konservativen und des Zentrums, ihre Reihen zu füllen, nicht mehr von Zufall in der einmaligen Zusammensetzung einer Sitzung sprechen können. Der Verlauf der Zollverhandlungen hat in der That zu einem entschiedenen Sieg, man kann nicht sagen der Freihändler, aber derjenigen, welche weitere Zollerhöhungen zurückweisen, geführt. Es befanden sich bei der ablehnenden Majorität genug Abgeordnete, welche der Schutzzollpolitik im Ganzen zugestehen sind, dabei aber von diesen unnötigen und theilweise verdächtigen Vorschlägen nichts wissen wollten,

sondern an der „ehrlichen Probe“ auch gegenüber weiteren Zollerhöhungen festhielten. Durch die Vereinigung dieser gemäßigten und besonnenen Schutzzöllner mit den prinzipiellen Freihändlern ist das heutige Resultat erzielt worden, eine dringende Mahnung an die Regierung, jetzt endlich auch ihrerseits den Zolltarif in Ruhe zu lassen und nicht in jedem Ruf von interessierten Stimmen nach Beschränkung der Konkurrenz den Beweis eines nationalen Bedürfnisses zu erblicken. Es wäre im eigenen Interesse der Schutzzollpartei und der Festigkeit ihrer Position gelegen, wenn diese Vorlage nicht gemacht worden wäre; sie hat nur den Sturm gegen die Grundlagen und die wichtigsten Bestandtheile des Zolltarifs von 1879 entfesselt.

Die Frühjahrskonferenz des evangelischen Vereins für die Provinz Sachsen hat Dienstag in Halle folgende vom Vorstand vorgeschlagene und von den Herren Superintendenten Lic. Förster und Konfessorialrat Dr. Küstlin warm befürwortete Resolution angenommen:

„Während wir gegenüber den Verhandlungen unseres Staates mit der römischen Kirche uns jedes Engagements in juristische und politische Fragen enthalten, müssen wir doch im Einverständnis mit den Bekanntschaften der gesammten evangelischen Kirche laut an folgendes erinnern: 1) Das Papstthum beharrt fort und fort bei seinen alten, von unseren Bekanntschaften für widerchristlich erklärt, seit 1870 durch Konzilschluss sanktionirten prinzipiellen Ansprüchen auf eine unbedingte Autarkie und eine auch über die weltlichen Ordnungen übergreifende Gewalt, welche den Worten des Herrn (Matthäi 22, 20: Gebet dem Kaiser, was des Kaisers ist u.) und seiner Apostel (Röm. 13, 1 ff.; 1. Petri 2, 13: Seid unterthan aller menschlichen Ordnung u.) durchaus widersprechen. 2) Das Papstthum beharrt nicht minder bei seinem Verdammungsurteil gegen die evangelische Reformation und Kirche wonach diese eine Ausgeburt des Bösen ist, kein Recht auf Existenz hat und womöglich mit tücklichen und staatlichen Zwangsmitteln unterdrückt werden sollte. 3) Hier nach sind die Gefahren zu würdigen, welche mit etwaigen praktischen Zugeständnissen an die päpstliche Hierarchie, so weit sie auch durch Rücksicht auf die katholischen Unterthanen ratsam werden mögen, nicht bloss für den Staat, sondern auch für wahres Christenthum, für den konfessionellen Frieden und für die evangelische Kirche sich immer verbinden werden. 4) Hier nach ist ferner, so sehr wir die dem Katholizismus verbliebenen christlichen Elemente schätzen und den Frieden mit unfreien katholischen Bürgern wünschen, von evangelischer Seite jedes zeitweilige Entgegenkommen derjenigen zu beurtheilen, die sich zu Verfechtern jener Ansprüche und Urtheile des Papstthums aufgeworfen haben.“

In der Sitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses vom 6. d. kam die Tisza-Eszlarer Angelegenheit zur Sprache. Der Abgeordnete Dr. Noddy bespricht das Blutopfer, das bei den Juden gebräuchlich sein soll. Er will dafür Beweise bringen und zitiert, unter allgemeiner Heiterkeit des Hauses, aus einem Buch zwei Fälle, die in Ungarn stattgehabt haben sollen. Der Präsident hält es mit der Würde des Hauses unvereinbar, daß derartige Geschichten vorgebracht werden. (Lebhafte Beifall.) In den Augen Europas sei das unmöglich. (Lebhafte Beifall.)

Der Brief, in welchem Garibaldi die Anordnungen bezüglich der Verbrennung seines Leichnams gab, datirt aus Caprera vom 27. September 1877, ist an Dr. Brendina gerichtet und lautet wie folgt:

„Theuerster Brendina! Sie sind bereit, die Verbrennung meines Leichnams zu besorgen; ich danke Ihnen dafür. Auf dem Weg, der von diesem Hause nordwärts nach der Küste führt, befindet sich in einer Entfernung von 1300 Schritten links eine Vertiefung in dem Boden, die durch einen Wall geschlossen ist. Auf diesem Platz wollen Sie einen Holztisch zwei Meter hoch errichten von Alasienholz, Linden, Myrthe und anderem wohlriechenden Holze. Auf diesen Stob bitte ich eine eiserne Platte zu legen und darauf die unbekleidete Bahre zu stellen, meinen Leichnam drinnen, bekleidet mit dem rothen Hemd. Eine handvoll Asche soll dann in irgend eine Urne gesammelt und diese dann in dem kleinen Grabmal beigelegt werden, das die Asche meiner Tochter Rosa und Anita enthält. Ihr stets getreuer Garibaldi.“

Die Nachrichten verschiedener Blätter, wonach die Familie Garibaldis auf vielfach an sie gerichtete Bitten eingewilligt hätte, von der Verbrennung Abstand zu nehmen, scheinen sich nach den neuesten Mittheilungen nicht bestätigt zu haben und würde die Leichenverbrennung programmatisch am 8. d. Nachmittag vollzogen werden sein.

Die von der französischen Deputirtenkammer am letzten Sonnabend beschlossene Aufhebung ihrer Sitzung hat in Italien, wie der „Fanfulla“ konstatiert, einen ausgezeichneten Eindruck hervorgerufen. Das italienische Blatt, erstaunlich von dem Eindruck des außergewöhnlichen Alten ergriffen, fügt hinzu, daß diese Kundgebung der französischen Kammer Alles verwische, was Frankreich während der letzten Jahre Italien Böses gethan habe. Auch in Frankreich selbst, wo die Neubereien mit Italienern in der letzten Zeit die bedenkllichsten Dimensionen angenommen hatten, dürfte die Manifestation ihren versöhnenden Einfluß nicht verfehlen. Wie ein Privattelegramm aus Paris der „Boss. Ztg.“ meldet, wurde in einer großen Versammlung der dortigen italienischen Kolonie der Kammer für ihre Trauerfeier gebangt Dank votiert; man hielt Verbrüderungsreden und ging mit Hochs auf Frankreich und Italien auseinander.

Die Kundgebungen zu Gunsten Garibaldis dauern in Paris fort. Die äußerste Linke und die radikale Linke der Deputirtenkammer senden Deputationen zur Leichenfeier ab.

Eine Versammlung hiesiger Italiener votierte Dankadressen an die Deputirtenkammer, an den Pariser Gemeinderath und an die hiesige republikanische Presse. Freycinet empfing den Präsidenten des Pariser Gemeinderathes und erklärte, die Regierung billige den Schritt desselben und erwarte davon glückliche Resultate für die Beziehungen zwischen Frankreich und Italien.

Das von Frankreich vorgeschlagene Konferenzprojekt muß trotz allen offiziösen Versicherungen der französischen und englischen Organe als gescheitert gelten. Die Weigerung der Pforte, sich an einer derartigen Konferenz zu beteiligen, ist ungeachtet der gewählten Form eine kategorische. Von einer Vertagung jener ist in den Rundschreiben, welche die französische Regierung am 3. Juni ihren Vertretern in London, Paris, Berlin, Wien, Petersburg und Rom telegraphisch übermittelt hat,

gleichfalls nicht die Rede. Das eine dieser Rundschreiben hat nachstehenden Wortlaut:

„Unsere wiederholten Depeschen, welche der Regierung . . . mitgetheilt wir Sie beauftragt, haben hoffentlich über die Bestrebungen unserer Regierung betrifft der egyptischen Angelegenheit eine günstige Ansicht verbreitet. In dieser Provinz, welche einen untenbaren Bestandtheil des osmanischen Reiches bildet, die Ordnung und den bisherigen Stand der Dinge aufrecht zu erhalten und das Ansehen des Khedives zu stärken, das sind die Gesichtspunkte, von denen wir uns stets leiten lassen, und die wesentlich mit den Pflichten und Rechten des souveränen Hofs verknüpft sind. Grade um möglichst rasch und möglichst wirksam zu diesem Ziele zu gelangen, bat sich die Pforte für die Ablösung Derwisch Paschas nach Egypten entschieden. Die nötigen Weisungen sind demselben im obigen Sinne gegeben; derselbe verläßt heute Konstantinopel, um sich an seinen Bestimmungsort zu begeben. Wollen Sie dieses Telegramm dem Minister des Auswärtigen . . . mittheilen.“

Es gilt als sicher, meldet die „Nat. Ztg.“, daß der päpstliche Nunzius, Msgr. Zacki, Paris verläßt. Die französischen Clerikalen verlangen dies und der Papst willigte ein. Die hiesige Regierung ist darüber sehr verstimmt und ließ im Vatikan wissen, daß sie ihren Botschafter Desprez ebenfalls zurückberufen und nur dann einen neuen Botschafter ernennen würde, wenn der Vatikan einen nicht feindlichen Nunzius senden sowie die Clerikalen Umtriebe in Frankreich nicht unterstützen werde.

Der „Golos“ behandelt in seinem Sonntags-Feuilleton verschiedene „Gerüchte“, betreffend die Veröffentlichung eines neuen Preßgesetzesentwurfs für Russland. Dieses Gesetzesprojekt würde den genannten Gerüchten zufolge etwa folgendermaßen entworfen sein:

„An der Spitze findet sich die feierliche Erklärung, daß jedem unbescholtene russische Staatsbürger das Recht zusteht, eine Zeitung herauszugeben. Es wird nicht mehr erforderlich sein, Käutionen zu deponieren. Die Frage, ob eine Erlaubnis bei Herausgabe einer Zeitung vorher einzuholen ist, soll noch nicht definitiv entschieden sein. Das Prinzip der Pressefreiheit soll, wie verlautet, so weit ausgedehnt werden, daß zur Herausgabe einer Zeitung keine besonderen Erlaubnisse notwendig sein wird. Jedes neue Blatt wird ohne Censur erscheinen. Da aber jede Freiheit nur eine bedingt sein kann, so soll auch in Bezug auf die Presse eine ganze Reihe von beschränkenden Maßregeln ausgearbeitet werden. Läßt sich eine Zeitung in Bezug auf das ihr geschenkte Vertrauen etwas zu Schulden kommen, so trifft sie die erste Strafmaßregel: sie erhält einen Zensor, dem das erste gedruckte Exemplar der Zeitung vor dem Erscheinen zur Durchsicht vorzulegen ist. Dem Zensor steht das Recht zu, das Blatt zu konfiszieren, im Fall sich in demselben etwas Unstatthaftes findet. Für abnormales Vergehen sind folgende Strafmaßregeln festgesetzt: Verwarnung mit Entziehung des Einzelverkaufs, Verwarnung mit Entziehung der Annone und drittens Verwarnung mit Entziehung des betreffenden Blattes. Die letzte Strafe wird von einer besonderen Behörde verhängt, die aus dem Minister des Innern, dem der Volksaufklärung und dem Oberprokuratur des dirigirenden Senats besteht.“

Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 9. Juni. [Die Novelle zum Zolltarif. Die Auflösung der Berliner Stadtverordneten-Versammlung. Die Fortschrittspartei und die sozialpolitischen Entwürfe „Pappe und Papier aus Asbest“ ist gewiß kein Gegenstand, welcher die Leidenschaften zu erregen geeignet ist; dennoch war heute die Spannung im Reichstag eine lebenshafte, als es bei der dritten Lesung der Novelle zum Zolltarif zur Abstimmung über diese erste bestrittene Nummer derselben kam, wobei es sich zeigte, ob die Niederlage der Regierung und der schutzzöllnerischen Koalition von 1879 bei der zweiten Lesung am Dienstag nur eine so bedeutungslose gewesen, wie die konservativen und clerikalen Organe behauptet hatten. Die „Einheitszeitung“ waren seit vorgestern in allen Fraktionen die wichtigsten Persönlichkeiten gewesen, und die Physiognomie des Hauses zeigte, daß sie nicht umsonst gearbeitet hatten; seit langer Zeit hatte man den Saal nicht so voll gesehen, Mitglieder, welche in der ganzen bisherigen Session sich noch nicht eingefunden hatten, waren anwesend, so z. B. Herr Haniel. Als das Resultat der ersten Abstimmung, die Verweisung des Vorschlages auf Zollerhöhung mit 157 gegen 147 Stimmen, unter lautloser Stille des Hauses verkündet war, traten während des triumphirenden Bravos der Linken die Führer der Mehrheit von 1879 an Herrn Windthorst's Platz zu einer Beratung zusammen, deren Ergebnis, nachdem inzwischen noch ein paar andere, unwichtige Positionen gefallen waren, der Antrag auf namentliche Abstimmung über die nächste war; natürlich war der Zweck nur, Zeit zur Herbeihaltung von Verstärkungen zu gewinnen. Aber von aufrichtigen Leuten unter den Schutzzöllnern wurde kein Hehl daraus gemacht, daß die Niederlage bei der ersten Zählung durch das, was danach noch kommen mochte, von ihrer volkischen Bedeutung nichts mehr verlieren konnte. Als ich beim Beginn der Session die Ansicht an dieser Stelle aussprach, es gebe keine zuverlässige schutzzöllnerische Majorität mehr im Reichstag, wurde dies bestritten; der heutige Tag hat definitiv den Beweis für die Richtigkeit dieser Ansicht geliefert.

— Die verschiedenen Nachrichten über die angeblich nun doch bevorstehende Auflösung der Berliner Stadtverordneten-Versammlung stammen, wie sich feststellen läßt, aus der nämlichen Quelle; infolfern braucht nicht die eine als Bestätigung der anderen betrachtet zu werden. Thatsache ist, daß Niemand dadurch stärker überrascht worden ist, als die Führer der auf diese Maßregel gerichteten Bewegung im „konservativen Zentral-Komitee“ von Berlin, welche bereits alle Hoffnung auf Erfüllung ihres Wunsches aufgegeben hatten und dazu auch sehr guten Grund besaßen. Hat sich die Sachlage wirklich ganz neuendings geändert, so dürfte die persönliche Einwirkung des Fürsten Bismarck, der bekanntlich den Feldzug gegen die Berliner Kommunalverwaltung selbst angeführt hat, dafür während seiner jetzigen Anwesenheit in Berlin entscheidend gewesen sein. An der Wiederwahl einer entschieden liberalen Majorität der Stadtverordneten-Versammlung ist übrigens im Falle der Auflösung nicht zu zweifeln, wenngleich es wahrscheinlich ist, daß auch eine nicht ganz geringe Verstärkung der Opposition gegen

den Magistrat erfolgen würde. — Die Darstellung, wonach die Fortschrittspartei bei ihrer jüngsten Fraktionsberatung über die soziopolitischen Entwürfe und derart gegen alle Zwangsversicherung ausgesprochen hätte, daß sie sich dadurch auch von den bezüglichen Vorschlägen des Haushalt-Gesetzentwurfes der Liberalen losgesagt, ist nicht richtig. Der Beschluss war zunächst eine Desavouierung derjenigen Vertreter der Fraktion in der Kommission, welche für den Zwang zur Mitgliedschaft in Krankenkassen votiert hatten. Das die Fortschrittspartei außerdem gegen die monopolistischen Zwangsgenossenschaften des neuesten Unfallgesetzentwurfes ist, ist selbstverständlich; fast alle Liberalen sind dagegen.

Locales und Provinzielles.

Posen, den 10. Juni.

General Graf Melikow soll nach einem dem „Dien. Posen“ zugegangenen Telegramm beim Kaiser von Russland wieder in Gnade stehen und zum Präses eines Komites des Minister ernannt sein, in welches der Kaiser eine Einheitlichkeit einführen möchte. Dem General-Gouverneur von Warschau, Albedynski, soll das Portefeuille des Unterrichtsministers angeboten werden sein.

Wollmarkt.

Breslau, 8. Juni, Abends. Das Wollgeschäft war heute auf den Lägern der hiesigen Händler ziemlich lebhaft. Posener, sowie lokale mittlere Wollen erzielten ungefähr Vorjahrepreise; in feineren Wollen betrug die Differenz gegen das Vorjahr einige Thaler. Die Käufer waren inländische und rheinische Fabrikanten und ein russischer Großkäufer, während England und Frankreich ungemein schwach operierten. Die Zufuhren zum offenen Markt sind etwas schwächer als im Jahre 1881.

Breslau, 9. Juni, Abends. Das Gesamtquantum der an den öffentlichen Markt gebrachten Wollen belief sich auf 20,000 bis 25,000 Btr., wovon bis Mittag bereits die Hälfte verkauft war. Hochfeine und Electoralwollen im Preise von 240 bis 320 M. sind am schwersten verkauflich.

Telegraphische Nachrichten.

Kiel, 9. Juni. Das Panzergeschwader ist heute Nachmittag eingelaufen und bleibt bis zum Montag hier, um dann nach der Neustädter Bucht zu gehen.

München, 9. Juni. Der Herzog von Aosta ist heute Nachmittag nach 6 Uhr hier eingetroffen und nach halbstündigem Aufenthalt nach Berlin weitergereist. Das Personal der italienischen Gesandtschaft hatte sich zur Begrüßung desselben am Bahnhof eingefunden.

Pest, 9. Juni. In Folge von Neuherungen des Abgeordneten Wahrmann in der heutigen Unterhaussitzung mit Bezug auf die Debatte über die Auswanderung russischer Juden forderte der Abg. Istozy denselben. Da Wahrmann die Forderung ablehnte, beschimpfte ihn Istozy im Plenum. Wahrmann erwiderte die Beschimpfung, und wurden nur durch das Dazwischenstreiten der Anwesenden Thälichkeit verhindert. Istozy melbete dem Vorstande der liberalen Partei seinen Austritt aus der Fraktion an. — In Folge des Zwischenfalls wurde die öffentliche Sitzung unterbrochen und eine geheime Sitzung abgehalten. Nach Wiederaufnahme der ersten sprach das Haus auf Antrag des Präsidenten eine Rüge über die stattgehabte thatsächliche Insultierung aus.

Pest, 8. Juni. Der Vertrag zwischen der ungarischen Regierung und der österreichischen Staatsseisenbahn-Gesellschaft ist heute Abend unterzeichnet worden.

Turin, 8. Juni. Prinz Amadeus, Herzog von Aosta, ist heute Abend nach Berlin abgereist.

London, 9. Juni. Eine der „Times“ zugegangene Depesche aus Kairo vom 8. d. Nachts beschriftet ernste Ereignisse, sobald Arabi Pascha sich überzeugt hat, daß er auf keine Unterstützung der türkischen Mission zu rechnen habe. Die Depesche fügt hinzu, wenn sich der Khedive nicht überreden lasse, sich sofort nach Ägypten zu begeben, so dürfte Europa ein Verbrechen zu beklagen haben, für welches England und Frankreich verantwortlich sein würden; morgen wäre es vielleicht zu spät.

London, 9. Juni. [Unterhaus] Dilke erklärt dem Deputirten Cecil gegenüber, die Regierung sei der Ansicht, daß der Khedive, dessen Verhalten ein vollkommen aufrichtiges und mutiges sei, Anspruch auf den Schutz Englands, Europas und der Pforte habe. Man würde überall sehr bedauern, an die Möglichkeit einer persönlichen Gewaltthat gegen den Khedive glauben zu müssen, aber man hege eine derartige Besorgniß nicht. Das Unterhaus sagte darauf die Einzelberathung der irischen Zwangsbill fort.

[Oberhaus] Granville erklärt auf eine Frage Salisbury's, die Annahme, daß ein Theil des Geschwaders von Ägypten weggegangen sei, entbehre jeder Begründung.

Dublin, 9. Juni. Gestern Abend wurden an verschiedenen Orten Westirlands Mordversuche gegen vier Gutsäcker unternommen, alle vier wurden erheblich verwundet; nur an einem Orte stand Verhaftungen vorgenommen.

Konstantinopel, 9. Juni. In Folge der Unterredung des Marquis de Noailles und des Lord Dufferin mit dem Minister des Außen, Said Pascha, in welcher dieselben die Annahme des Konferenzvorschages seitens der Pforte von Neuem urteilten, mit dem Bemerkten, daß die Konferenz nothwendig erscheine, selbst wenn die Mission Derwisch Paschas gelinge, richtete die Pforte an ihre Botschafter in Paris und London eine Depesche, worin sie erklärt, die Pforte könne die Konferenz nicht annehmen, da das Gelingen der Mission Derwisch Paschas allem Anschein nach sicher sei. Die Pforte beauftragte demgemäß die Botschafter, den Ministern Freycinet und Granville gegenüber ihr Birkular vom 3. Juni und die Weigerung der Pforte, der Konferenz zuzustimmen, zu bestätigen.

Berantwortlicher Redakteur: H. Baeyer in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Insertate übernimmt die Redaktion keine Berantwortung.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Juni.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduc. in mm. 82 m Seehöhe	Wind.	Wetter.	Temp. Grad.
9. Nachr. 2	747,5	O mäßig	bedeckt ¹⁾	+13,0
9. Abends 10	743,1	O schwach	bedeckt	+12,5
10. Morgs. 6	741,8	W mäßig	trüb	+13,5

¹⁾ Regenhöhe: 6,3 mm.
Am 9. Wärme-Maximum +15°2 Cels.
Wärme-Minimum +11°9.

Wetterbericht vom 9. Juni, 8 Uhr Morgens.

Ort.	Barom. a. 0 Gr. reduc. in mm.	Wind.	Wetter.	Temp. Grad.
Mullaghmore	747	WW	6 halb bedeckt	23
Aberdeen	746	O	3 Regen	11
Christianslund	755	S	2 heiter	15
Copenhagen	752	WSW	6 bedeckt	18
Stockholm	751	NO	4 bedeckt	4
Petersburg	754	S	1 wolkenlos	21
Moskau	751	WW	5 heiter ¹⁾	12
Görl. Queenst.	756	WW	4 bedeckt ²⁾	12
Brest	756	SSW	2 Regen	12
Helsingor	749	SSD	3 bedeckt	14
Hamburg	752	SSW	3 heiter	20
Emmendingen	756	SSW	1 heiter ³⁾	17
Neuhausen	758	WSW	1 wolfig	18
Memel	756	SW	3 wolfig	16
Paris	754	SW	2 bedeckt	13
Münster	753	SSD	3 Regen ⁴⁾	12
Karlsruhe	756	SW	3 bedeckt	16
Wiesbaden	755	WW	1 bedeckt ⁵⁾	14
München	759	SW	2 bedeckt	10
Zwettl	756	SSW	2 heiter ⁶⁾	15
Berlin	756	S	2 wolfig ⁷⁾	15
Wien	756	WW	2 Regen	11
Frelan	758	O	1 Regen	11
Siegen	756	WW	6 Regen	15
Nizza	—	—	—	—
Triest	755	still	bedeckt	18

¹⁾ Seegang mäßig. ²⁾ Seegang leicht. ³⁾ Nachmittags Gewitter mit Regen. ⁴⁾ Gestern Gewitter. ⁵⁾ Gestern mehrere Gewitter und Regen. ⁶⁾ Abends kurzer Regen. ⁷⁾ Abends Regen.

Skala für die Windstärke:

1 = leiser Zug, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mäßig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 = stief, 8 = stürmisch, 9 = Sturm, 10 = starker Sturm, 11 = heftiger Sturm, 12 = Orkan.

Anmerkung: Die Stationen sind in 4 Gruppen geordnet: 1. Nordeuropa, 2. Küstenzone vom Irland bis Ostpreußen, 3. Mittel-Europa südlich dieser Zone, 4. Südeuropa. — Innerhalb jeder Gruppe ist die Richtung von West nach Ost eingehalten.

Übersicht der Witterung.

Ein ausgeprägtes Minimum mit frischen bis keifen Winden auf der Ostseite ist über der westlichen Nordsee erschienen und scheint südostwärts fortzuziehen. Der Einfluss desselben hat sich bereits über die Westhälfte Central-Europas ausgebreitet, wo bei schwächer südlicher bis südwestlicher Luftströmung trifft, im Nordwesten vielfach regnerisches Wetter herrscht. Eine zweite schwache Depression im Südosten, vom Mittelmeer kommend, veranlaßt über Schlesien und Österreich trübe regnerische Witterung. In Deutschland liegt die Temperatur im Binnenlande überall unter, an der Ostküste über der normalen, während sie an der Nordsee fast normal ist. Über der Westhälfte Norddeutschlands kamen gestern Gewitter vor, welche sich nordostwärts fortgepflanzt zu haben scheinen.

Deutsche Seewarte.

Wasserstand	der Wärthe.
Posen, am 9. Juni	Mittags 0,56 Meter.
9.	0,56
10.	0,56
	Mittags 0,56

Telegraphische Börsenberichte.

Frankfurt a. M., 9. Juni. (Schluß-Course.) Schluß befestigt, russische Werte weichend.

London Wechsel 20,455. Pariser do. 81,27. Wiener do. 170,77. R.-M.

St.-L. Rheinische do. — Hess. Ludwigsh. 105, R.-M.-Pr.-Anth. 128, Rhenan. 102. Reichsbank 149, Darmst. 161. Meininger 59, U. 69, 50. Kreditanst. 277, Silberrente 65, Papierrente 65, Goldrente 80, Banque 75, Goldrente 75, 1860er Lope 124, 1864er Lope 1,650, una. Staats. 227,20, do. Ostb.-Ostb. II. 94, Böhm. Westbahn 265, Elisabethb. — Nordwestbahn 178, Galizier 271, Franzosen 281, Lombarden 124, Italiener 89, 1877er Russen 82, 1880er Russen 68, II. Orient. 55, Bentr. Pacific 113, Diskonto-Kommandit — III. Orient. 55, Wiener Bankverein — ungarische Papierrente — Buchthieler — Oberschlesische — österr. österr. Papierrente 78, Dur-Bodenbacher — Nationalbank für Deutschland — Egypter — Schweizer Centralbahn — Russische Pfandbriefe 79.

Nach Schluß der Börse: Kreditanst. 277, Franzosen 281, Goldrente 271, Lombarden 124, II. Orient. — III. Orient. — österr. Goldrente — Egypter —

Frankfurt a. M., 9. Juni. Eichstätt-Sozietät. Kreditanst. 277, Franzosen 281, Lombarden 124, Galizier —, österr. Goldrente —, ungarische Goldrente —, II. Orient. —, österr. Silberrente —, Egypter —, III. Orient. —, 1880er Russen —, Wiener Bankverein —, 1860er Lope —, Diskonto-Kommandit —. Oberschlesische —.

österr. österr. Papierrente 78, Dur-Bodenbacher —, Nationalbank für Deutschland —, Egypter —, Schweizer Centralbahn —, Russische Pfandbriefe 79.

Nach Schluß der Börse: Kreditanst. 277, Franzosen 281, Goldrente 271, Lombarden 124, II. Orient. —, III. Orient. —, österr. Goldrente —, Egypter —.

Frankfurt a. M., 9. Juni. Eichstätt-Sozietät. Kreditanst. 277, Franzosen 281, Lombarden 124, Galizier —, österr. Goldrente —, ungarische Goldrente —, II. Orient. —, österr. Silberrente —, Egypter —, III. Orient. —, 1880er Russen —, Wiener Bankverein —, 1860er Lope —, Diskonto-Kommandit —. Oberschlesische —.

österr. österr. Papierrente 78, Dur-Bodenbacher —, Nationalbank für Deutschland —, Egypter —, Schweizer Centralbahn —, Russische Pfandbriefe 79.

Nach Schluß der Börse: Kreditanst. 277, Franzosen 281, Goldrente 271, Lombarden 124, II. Orient. —, III. Orient. —, österr. Goldrente —, Egypter —.

Frankfurt a. M., 9. Juni. Eichstätt-Sozietät. Kreditanst. 277, Franzosen 281, Lombarden 124, Galizier —, österr. Goldrente —, ungarische Goldrente —, II. Orient. —, österr. Silberrente —, Egypter —, III. Orient. —, 1880er Russen —, Wiener Bankverein —, 1860er Lope —, Diskonto-Kommandit —. Oberschlesische —.

österr. österr. Papierrente 78, Dur-Bodenbacher —, Nationalbank für Deutschland —, Egypter —, Schweizer Centralbahn —, Russische Pfandbriefe 79.

Nach Schluß der Börse: Kreditanst. 277, Franzosen 281, Goldrente 271, Lombarden 124, II. Orient. —, III. Orient. —, österr. Goldrente —, Egypter —.

Frankfurt a. M., 9. Juni. Eichstätt-Sozietät. Kreditanst. 277, Franzosen 281, Lombarden 124, Galizier —, österr. Goldrente —, ungarische Goldrente —, II. Orient. —, österr. Silberrente —, Egypter —, III. Orient. —, 1880er Russen —, Wiener Bankverein —, 1860er Lope —, Diskonto-Kommandit —. Oberschlesische —.

österr. österr. Papierrente 78, Dur-Bodenbacher —, Nationalbank für Deutschland —, Egypter —, Schweizer Centralbahn —, Russische Pfandbriefe 79.

Nach Schluß der Börse: Kreditanst. 277, Franzosen 281, Goldrente 271, Lombarden 124, II. Orient. —, III. Orient. —, österr. Goldrente —, Egypter —.

Frankfurt a. M., 9. Juni. Eichstätt-Sozietät. Kreditanst. 277, Franzosen 281, Lombarden 124, Galizier —, österr. Goldrente —, ungarische Goldrente —, II. Orient. —, österr. Silberrente —, Egypter —, III. Orient. —, 1880er Russen —, Wiener Bankverein —, 1860er Lope —, Diskonto-Kommandit —. Oberschlesische —.

österr. österr. Papierrente 78, Dur-Bodenbacher —, Nationalbank für Deutschland —, Egypter —, Schweizer Centralbahn —, Russische Pfandbriefe 79.

Nach Schluß der Börse: Kreditanst. 277, Franzosen 281, Goldrente 271, Lombarden 124, II. Orient. —, III. Orient. —, österr. Goldrente —, Egypter —.

Frankfurt a. M., 9. Juni. Eichstätt-Sozietät. Kreditanst. 277, Franzosen 281

Produkten-Börse.

Berlin, 9. Juni. Wind: S. Wetter: Bewölkt.

Wir hatten heute einen ziemlich luftlosen Markt, ohne daß die Stimmung flau genannt werden dürfte. Loto-Wiesen sind. Termine segten unter dem Einfluß der höheren amerikanischen Notirungen fest und höher ein, wurden jedoch namentlich seitens der Plakatpulation reichlich angeboten, besonders in den nahen Sichten, welche die vorherige Besserung dadurch wieder vollständig einblühen, während die späteren Termine mit Behauptung der Erhöhung fest schlossen.

Loto - It gogen ging zu eher etwas niedrigeren Preisen wenig um. Der Terminkauf verlor ziemlich luftlos. Anfänglich wurden zwar durchgängig erhöhte Kurse angelegt, aber der Mangel an Unternehmungslust gelangte bald in ermäßigte Preisen zum Ausdruck, zumal auf nahe Lieferung, welche stark realisiert wurde, weil der amtliche Ausweis über den Umschlag effektiver Ware in vergangener Woche eine Zunahme des Bodenlagers konstatiert. Es stellte sich schließlich für fast alle Termine völlige Parität ein; ein jedesfalls seit langer Zeit nicht dagewesener Zustand!

Loto Hafer matt. Lieferung fest, besonders nahe.

Raisin mehl fest.

Raisin besser, vornehmlich in nahe Lieferung.

Rübel war heute nur aus späteren Termine rege begehrt und teurer, während nahe vernachlässigt und unverändert blieben.

Petroleum still und matt.

Spiritus eröffnete fest und besser, gab aber die ganze Besserung im weiteren Verlaufe wieder auf in Folge von erneuten Realisationen, welche durch die fortgesetzte reichliche Lotosfahrt resp. deren wiederum ermäßigte Notiz veranlaßt worden waren.

Weizen ver 1000 Kilo loko 200—228 M. nach Qualität ge-

Berlin, 9. Juni. Heute schied sich wieder der internationale Markt in Betreff der herrschenden Tendenz durchaus vom lokalen Verkehr. Während auf jenem Gebiete eine unentschlossene eher matte Stimmung herrschte, hatte hier die gestrige Festigkeit sich behaupten können. Dies stand auch in den leitenden Momenten hinreichend Erklärung. Die Spekulation in den internationalen Werthen ist eben zu sehr abhängig von den ihr von den auswärtigen Plägen zufommenden Einflüssen und es ist ja eine bekannte Thatstache, daß die bietende Börse nur in den seltensten Fällen bei politischen Fragen eine eigene Meinung zu vertreten sucht. Die gestrigen Börsen in Paris und London hatten einen matten Verlauf genommen und war dies auch für Wien Grund

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 9. Juni 1882.

Preußische Fonds- und Geld-

Coupons.

Preuß. Cons. Anl. 41 104,90 b

do. neue 1876 4 102,00 B

Staats-Anleihe 4 101,10 b

Staats-Schuldch. 3 99,00 b

Dr. Deichh.-Obli. 4 46

Berl. Stadt-Obli. 4 102,50 G

do. do. 4 96,00 G

Schluß. d. B. Kfm. 4 102,50 G

Gfandbriefe:

Berliner 5 109,00 b

do. 4 104,25 b

Landsh. Central 4 101,40 b

Kur. u. Neumärk. 3 95,25 b

do. neue 3 91,90 b

do. 4 101,80 G

do. neue 4

R. Brandbg. Kred. 4

Preußische 5 91,90 b

do. 4 100,80 b

do. 4

Westpr. ritterisch. 4 92,50 G

do. 4 101,30 G

do. I. B. 4 100,90 G

do. II. Serie 4 102,50 G

Reuldh. II. Serie 4 101,00 b

do. do. 4 102,40 B

Bosnische, neue 4 100,70 b

Bässische, neue 4 100,70 b

Hannover. 4 92,00 b

do. 4 101,26 b

do. 4 103,00 b

do. 4 93,50 G

Schlesische altl. 4

do. alte A. 4

do. neue I. 4

Rentenbriefe: 4

Kur. u. Neumärk. 4 101,00 B

Bommeriche 4 100,90 G

Bosnische 4 100,80 G

Preußische 4 100,80 b

Neim. u. Westfäl. 4 101,40 G

Kur. u. Neumärk. 4 100,90 b

Sächsische 4 100,70 b

do. 16,25 b

do. 500 Gr. 16,25 b

Dollars 16,69 G

Imperials 1394,50 b

do. 500 Gr. 1394,50 b

Engl. Banknoten 4 102,00 B

do. einlösb. Leipa. 4 144,10 b

franzö. Banknot. 4 34,80 b

Desterr. Banknot. 4 133,80 b

do. 4 35,5 b

Bair. Präm.-Anl. 4 134,40 b

Braunsch. 20 thl. 2 — 100,00 B

Brem. Anl. v. 1874 4 101,25 G

Königl. Md. Pr. Anl. 3 128,10 G

Dest. St. Pr. Anl. 3 126,40 b

Both. Pr. Pfobr. 5 118,50 b

do. II Abt. 5 116,50 b

Hawb 50 Thlr. 2 8 186,25 b

Wibedae. Pr. Anl. 3 181,00 b

Medlb. Eisenbank. 3 94,50 b

Reininger Loope 27,80 b

do. Pr. Pfobr. 4 117,90 b

Oldenburger Loope 3 148,75 b

D.G.-G. B. Pf. 110 5 108,50 b

do. do. 4 96,30 b

Dtsch. Hypoth. unf. 5 104,25 G

do. do. 4 102,30 b

Rein. Hyp. B. 4 100,80 b

Krdb. Gdcr. G. 5 100,50 G

Bomm. Hyp. Pfobr. 3 148,75 b

Bomm. g. B. L. 120 5 104,75 G

do. II. IV. 110 5 103,00 G

Bomm. III. r. 100 5 99,90 G

Pr. G. B. H. Br. 12. 5

do. do. 110 5 114,20 G

do. do. 110 4 108,80 b

(1872 u. 74) 4 99,60 b

(1872 u. 73) 5

do. (1874) 5

Pr. Hyp. A. B. 120 4 103,50 b

do. II. r. 100 5 100,25 G

Schles. Bod. Krebs. 5

Stettiner Nat. Hyp. 5 100,50 b

do. do. 4 102,75 b

Krupp'sche Obligat. 5 110,70 G

Unlandische Fonds.

Amerik. gel. 1881 5

do. do. 1885 6

do. Vds. (fund.) 5

Norweger Anleihe 4

do. Grub. 128,80 G

Desterr. Goldrente 4 80,75 B

do. Pap. Rente 4 64,90 b

do. Silber-Rente 4 65,30 b

do. Discontob. 4 113,00 b

Magdeb. Privatb. 4 116,25 b

do. Gr. 100 f. 1858 334,00 b

do. B. v. 1860 122,90 b

do. V. 1864 327,75 b

do. do. 1864 95,80 b

do. do. 1865 228,00 B

Italienische Rente 5 90,00 b

do. Tab.-Oblig. 6

Rumänier 8

Finnische Loope 4 49,60 b

Russ. Gentr. Bod. 5 72,00 b

do. Boden-Credit 5 79,80 b

do. Engl. A. 1822 81,30 b

do. do. A. 1862 82,00 b

do. Bodenf. 110,50 b

do. Centralb. 124,00 b

do. Hyp. B. 1870 82,25 b

do. do. 1872 82,25 b

do. do. 1875 85,00 b

do. do. 1880 68,10 b

do. Br. A. v. 1864 137,75 b

do. do. 1866 133,70 b

do. 5. K. Stieg. 5 58,70 b

do. 6. do. 79,10 b

do. Vol. Sch.-Obli. 4 78,40 b

do. do. kleine 4

Poln. Pfandbr. 6 62,25 b

do. do. 5 54,80 b

Türk. Anl. v. 1865 12,80 b

do. do. 1869 6

do. Liquidat. 4

do. do. 1877 5

do. do. 1877 5

do. do. 1880 68,10 b

do. do. 1880 4 102,80 b

do. do. 1880 4 102,80 b

do. do. 1880 4 102,80 b